

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich zweimal; am Sonnabend und am Montag Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Ketterhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

Danziger



Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. — Inserate nehmen an: in Berlin: A. Netemeyer, Rud. Mosse; in Leipzig: Eugen Fort, H. Engler; in Hamburg: Haeselstein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: Jäger'sche Buchhandl.; in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchhandl.

Zeitung.

Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergründigst geruht: Dem Generalarzt Dr. Löffler den Rothen Adler-Orden zweiter Classe mit Eichenlaub; dem Kreisgerichts-Director Theune zu Querfurt, dem Kreisgerichtsrath Wolff zu Potsdam, dem Obersöchter Fleck zu Densberg und den Rittergutsbesitzern v. Mutius auf Gellenau und Freih. v. Münnichhausen auf Nieder-Schweideldorf den Rothen Adler-Orden vierter Classe zu verleihen; den Rittergutsbesitzer auf Mellenthin und Dewichow in den Adelstand unter dem Namen „Wittichow v. Brese-Winiary, zu erheben; sowie den ordentlichen Professor Dr. Huetter in Rostock zum ord. Professor in der medicinischen Facultät zu Greifswald zu ernennen.

Der Baumeister Schule, z. B. in Friesack, ist zum K. Kreisbaumeister zu Rathenow ernannt, sowie der K. Kreisbaumeister Buitmann zu Treuenbach nach Namen versetzt worden.

Der Hilfsarbeiter Schindler ist zum Geh. Registratur-Assistenten bei dem Ministr. der geistlichen Angelegenheiten ernannt worden.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Florenz, 6. Mai. Die officielle „Italienische Correspondenz“ stellt in Abrede, daß Señor Montemar wegen der Candidatur des Herzogs von Asturien in besonderer Mission an die Höfe von Paris und Florenz gesendet sei. Uebrigens sei nicht anzunehmen, daß der Herzog irgend wie einen derartigen Ehrgeiz hege. (R. T.)

Die Zuckertaxe Reform.

Dem Zollbundesrat ist vom Zollvereinspräsidium eine Vorlage gemacht worden, die eine Reform der bestehenden Besteuerung des Zuckers bezieht. Mit derselben wird einem längst schon fast unerträglich gewordenen Zustand abgeholfen. Denn die bisherigen hohen Schutzzölle auf ausländischen Zucker sollen zu sehr wesentlichem Theil wenigstens beseitigt werden. Das wollen wir gern anerkennen. Doch einer ungeheilten Feinde über diesen neuen Versuch, unser Steuerwesen zu verbessern, können wir uns nicht hingeben. Denn die Vorlage leidet trotz aller Vorzüge an Mängeln, die wir zum Theil für so bedenklich halten, daß ihre Beseitigung unerlässlich erscheint.

Dass die Zuckertaxe Reform mit einer Erhöhung der bisherigen Abgabe von Zucker anfängt, wollen wir ihr nicht als größten Fehler anrechnen, denn die Erhöhung ist nicht von Bedeutung. Der Centner im Inlande erzeugter Rohzucker trägt jetzt etwa 3 R. 3½ Z. Steuer. In Zukunft soll er 3 R. 10 Z. bringen. Die Erhöhung würde also etwa 7% ausmachen. Darauf wollen wir bei der herrschenden Finanznoth nicht das größte Gewicht legen. Einigen andern Fehler müssen wir aber sehr bestimmt hervorheben, gerade wegen der herrschenden Finanznoth und der daraus folgenden ganz unmöglichlichen Notwendigkeit, unsere Steuern der Art zu reformieren, daß sie einerseits die Steuerzahler möglichst wenig belastigen, andererseits aber den Staatskassen doch unbedenklich Energieigkeiten versprechen. Gegen dieses Erforderniss scheint uns die Vorlage zu verstößen. Sie behält nämlich noch immer einen für unsre gegenwärtigen Verkehrsvorhältnisse nicht unbedeutenden Schutzzoll bei, — trotzdem die deutschen Zuckerfabrikanten, wenigstens in der Mehrzahl, erklärt haben, daß sie überhaupt gar keines Schutzes mehr bedürfen.

Nach der Vorlage soll der Centner inländischen Rohzuckers, wie schon gesagt, in Zukunft etwa 3½ R. tragen. Dagegen will sie auf den Centner ausländische Erzeugnisse gleicher Qualität einen Eingangszoll von 3 R. 22½ Z. legen. Das ausländische Erzeugnis würde demnach im Verhältniß zum inländischen immer noch um 12½ Z., also um ca. 18%, höher belastet sein, ein Nebenzustand, der einen von der Reform zu erwartenden finanziellen und volkswirtschaftlichen Hauptvortheil ganz in Frage stellen müßt. Von demselben haben wir wiederholt schon gesprochen. Wir erwarten nämlich in Folge der Herabsetzung der Zuckerzölle auf die inländische Zuckertaxe eine stärkere Zuckerconsumtion im Ganzen, weil dann eine neue billige Zuckersorte auf unsern Markt und zum unmittelbaren Verbrauch kommen wird, nämlich indisches Rohzucker, der bisher von demselben durch den hohen Schutzzoll ganz ausgeschlossen war, wohl aber geeignet ist, den bisherigen mangelfhaften Zuckerconsumtion, namentlich des weniger bestimmten Theils unserer Bevölkerung, zu ergänzen. Diese Waare würde zu Wege bringen, daß bei uns viel mehr Centner Zucker würden verzehrt werden können als bisher, das heißt für das Volk, es wird sich in dieser Richtung besser versorgen können. Für die Zollvereinkasse aber: sie wird von einer bedeutenden Quantität Zucker ihre Abgabe erheben können, also ihre Zuckerkünste werden zunehmen, ohne daß die Steuerzahler mehr als bisher belastet werden. Dieser Vortheil an der Zuckertaxe Reform ist aber nur denkbar, wenn jeglicher Zuckerschutz wegfällt, denn die geringste willkürliche Preiserhöhung des ausländischen Zuckers würde ihn niemehr aufzuhalten lassen.

Wir finden für diesen Mangel der Vorlage keinen irgend haltbaren Grund, können daher vorläufig nicht glauben, daß er wirklich zum Nachteil der ganzen sonst so herausdankenswerthen Reform aufrecht erhalten werden sollte.

Biel schlimmer aber noch als den ausländischen Rohzucker behandelt die Vorlage den ausländischen Syrup. Dieser soll nach wie vor 2½ R. pro Centner Eingangszoll tragen. Seinem Zuckergehalt nach dürfte er, wenn er in einigen Verhältnissen zur künftigen inländischen Zuckertaxe getroffen werden sollte, kaum mit 1½ R. pro Centner belastet werden. Die Beibehaltung des alten Syrupzolls würde also den Syrupimport jedenfalls sehr darniederkalten. Denn ausländischer Syrup trüge einen noch viel höhern Vertheuerungszaoll als ausländischer Rohzucker und die Folgen eines solchen haben wir ja seit Jahren an dem letztern erlebt. Könnte da von wohl irgend ein Nutzen für die Zollvereinkasse zu erwarten sein? Wir glauben das Gegenteil. Und wie wird

davon die Consumtion unseres Volks betroffen? Syrup ist ein Surrogat für Butter und Schmalz für einen großen Theil desselben, wenn die Preise dieser Artikel unerschwinglich sind. Dürfen wir den Unbequemen willkürlich so ohne weiteres ferner dieses für die Ernährung so wichtige Surrogat willkürlich vertheuern und sie ferner auf den schlechten Kunkelsirup anweisen? Uns steht das gerechtigste Interesse der großen Volksmasse höher als das ganz ungerechtfertigte einiger Syrups-Fabrikanten.

Norddeutscher Reichstag.

35. Sitzung am 5. Mai.

Erste und zweite Berathung des Antrages Waldeck, nach welchem der Art. 32 der Bundes-Verfassung dahin geändert werden soll, daß die Mitglieder des Reichstages Reisekosten und Diäten nach Maßgabe des Gesetzes erhalten, bis zum Erlass desselben soll das Bundespräsidium die Höhe derselben bestimmen. — Abg. Försterling für den Antrag: Nachdem das allgemeine Wahlrecht eingeschafft, müsse man den arbeitenden Classen auch die Möglichkeit einer eigenen Vertretung in der gesetzgebenden Verfammlung verschaffen. Präf. Delbrück: Der Bundestrath betrachtet die jetzige Bestimmung als einen wesentlichen Theil des Compromisses, auf dem das Zustandekommen der Verfassung beruht und sieht sich nicht in der Lage, zu einer Änderung in dieser Beziehung die Hand zu bieten. Abg. Fries bedauert diese Eilläufigkeit, durch Diätenlosigkeit werde der Kreis der Kandidaten, namentlich für die kleinen Staaten sehr beschränkt. Sorgen Sie durch Annahme des Antrags dafür, daß die Vertreter des Volkes, wenn sie dieses Haus verlassen, hinzu ziehen in ihre Heimat als Apostel für die Gesetze und Institutionen des Bundes. (Beispiel.) Abg. Keyser (Sondershausen) wird, obgleich er früher gegen das Gesetz gestimmt hat, diesmal für dasselbe stimmen, da er in den Diäten das beste Schutzmittel gegen die Gefahren des allgemeinen Wahlrechts sieht und von der Gewährung jener eine Verstärkung der conservativen Elemente des Reichstags hofft. (Widerspruch rechts.) Abg. Graf Bassewitz warnt vor den fortwährenden Änderungen der Verfassung, die den Bestand derselben gefährden. Graf Schulenburg (Bedendorf) spricht sich in demselben Sinne aus. Sie, m. H., denken: der Tropfen höhlt den Stein. Wie aber, wenn der Stein ein Diamant ist? Abg. Dehmichen hat früher gegen Diäten gestimmt, weil er glaubte, daß die conservativen Interessen dadurch geschädigt würden. Jetzt ist er vom Gegenteil überzeugt. Die Wahlen werden immer ausfallen, wie es die politische Stremung mit sich bringt, sei es mit, sei es ohne Diäten. (Sehr richtig!) Schaffen wir endlich diese Frage aus der Welt! Redner hofft, daß der Bundesrat aus denselben Gründen nachgeben wird. Abg. v. Blankenburg will, daß der Bund beweise, daß er auch ohne Gewährung von Geld Männer genug hierher schicken kann, die die Interessen des Volkes wahrnehmen. Wenn er das nicht kann, dann danke ich dafür, dann ist er eine solche Verfassung nicht wert. Abg. Krüger: Das Haus ist durch den in der Verfassung angenommenen Compromiß gebunden. Alle, die früher gegen die Diäten gestimmt, mögen es auch hente thun! Ist das Volk anderer Ansicht, kann es ja bei den nächsten Wahlen andere Männer in das Haus schicken. — Abg. Waldeck hat schon im constituirenden Reichstage erklärt, den Antrag wiederholen zu wollen, bis er mit demselben durchgebrungen sei, da die damalige Ablehnung nur aus Nützlichkeitsgründen erfolgt sei. Im preußischen, wie in den meisten Particular-Landtagen werden Diäten gewährt. Nur 3 kleine Staaten machen hier von einer Ausnahme, von deren der bedeutendste Mecklenburg sei. Dieser Staat aber befindet sich in einem vollkommenen Ausnahmestand in Deutschland. Seine Verfassung beruhe auf Feudalverhältnissen, die in allen andern Staaten längst beseitigt worden; alle seine Einrichtungen seien antebritannischer Natur (Heiterkeit), es sei also doch unmöglich, im Bunde eine Uniformität à la Mecklenburg herzustellen. Welche Gründe sprechen dann eigentlich für die Diätenlosigkeit? Die Exemplification auf das englische Unterhaus treffe nicht zu, denn abgesehen davon, daß hier die Verhältnisse ganz anders liegen, als in England, habe man in den älteren englischen Parlamenten überall Diäten gewährt, und selbst wenn dies nicht der Fall sei, hue man gut, sich nicht die Söpfe anzubinden, die man in England abzuscheiden im Begriffe stehe. Mit vollem Rechte habe in Frankreich einst ein Minister zu Ludwig XVIII. gesagt, als dieser keine Diäten gewähren wollte: „Majestät, das wird zu thun.“ Die Bourbons selbst haben es erfahren; beide Kammer seien gesürzt wesentlich durch die Diätenlosigkeit einer Landesvertretung, in der Erbjuße saßen, die man durch Staatsanlagen erlaute. (Lebhafte Widerspruch rechts.) Das Bedürfnis dieses Antrages werde sich endlich doch so fühlbar machen, daß auch der Bundesrat sich der Zustimmung nicht länger entziehen können. Abg. Graf Bassewitz bemerkt persönlich, daß er sich trotz der Angriffe des Borredners mit Stolz einen Mecklenburger nenne und immer nennen werde. (Heiterkeit.) — Der Antrag des Abg. Waldeck wird mit 109 gegen 94 Stimmen angenommen. Dafür stimmten die liberalen Fractionen und die Vertreter der kleineren Staaten, mit Ausnahme v. Behmen's und v. Einstedel's; dagegen die Rechte, die Freicousservativen, die Altliberale und Dr. Wehrenpfennig. Abg. Braun (Hersfeld) erhält sich der Abstimmung, Windhorst ist während derselben abwesend.

Antrag des Abg. Harkort, den Bundeskanzler aufzufordern, gemäß Art. 41—46 der Bundes-Verfassung das Eisenbahnen den Bedürfnissen der Zeit entsprechend zu regeln. Der Antrag führt mehrere einzelne Punkte auf, die dabei zu berücksichtigen seien, u. A.: gleiche Betriebsmittel, Einrichtungen und Reglemente, Herabsetzung der Personent-

tarife, namentlich für die Arbeiter und Schüler, Ermäßigung der Gütertarife, Einführung des Einpfennigtarifs für Kohlen, Coals, Holz, Erze, Steine, Salz, Eisen, Brod, Futterstoffe etc. Dagegen beantragen die Abg. v. Luck, Grumbrecht und Gen.: „Den Bundeskanzler zu ersuchen, baldmöglichst die in den Art. 41—47 der Verfassung des Norddeutschen enthaltenen Bestimmungen durch Erlass der erforderlichen reglementarischen Festsetzungen und allgemeinen administrativen Anordnungen in's Leben treten zu lassen.“ Abg. Harkort motiviert seinen Antrag. — Bundes-Commissair Michaelis sieht in beiden Anträgen eine willkommene Gelegenheit zur Förderung der dem Bunde durch Art. 45 garantirten Rechte. Der Bundesrat werde jeden von beiden als willkommenes Material betrachten. Derselbe habe bereits von sämtlichen Bundesregierungen Mittheilungen über die Tarife, Reglements, Gesetze, Privilegien und Statuten eingezogen. Eine übersichtliche Zusammenstellung dieses Stoffes in einer Denkschrift werde, sobald die Vorarbeiten fertig, erfolgen. — Abgeordneter v. Luck ist mit der allgemeinen Tendenz des Harkort'schen Antrages einverstanden, derselbe überschreite jedoch die Grenzen des Art. 45, da viele wohlverbogene Rechte der Einzelstaaten und Privaten geschützt werden müßten. Abg. v. Unruh: Die Tarifherabsetzung ist im allgemeinen Interesse wünschenswerth. Bei Privatbahnen ist der Staat jedoch zur Tarifherabsetzung auf eigene Hand nicht berechtigt, und es wäre unmoralisch, wenn er dasselbe durch Anwendung von kleinen Mitteln erreichen wollte. Das Kapital hat jetzt schon keine Neigung sich an Eisenbahnlinien zu beteiligen und es wird noch weniger geneigt sein, wenn die Tarifherabsetzungen rücksichtslos durch Maßregeln der Regierung ausgeführt werden könnten. Nur zu oft schon ist ja die Regierung über ihre Beschränkungen gegenüber den Eisenbahnen hinausgegangen. Die Einbringung solcher Anträge verschneidet das Kapital immer mehr von den Eisenbahnen, so daß Sie in der That die Henne totschlagen würden, welche die goldenen Eier legte. Wollten Sie den Antrag des Abg. Harkort annehmen, so würden Sie einen Krieg hervorrufen zwischen dem Kapital in Hüttenwerken, landwirtschaftlichen Ansätzen und in Eisenbahnunternehmungen. Abg. Dr. Becker: An Eingriffen in das Privatrecht hat der Antragsteller nicht gedacht. Will man moralisch, so trifft der Verdikt viel stärker die Eisenbahnen, die von Natur zur Concurrenz berufen, sich über den Tarif zum Nachteil des Publikums verständigen. Das Kapital ist auch nicht von der Anlage in Eisenbahnen abgescrecht, sondern es gehört heut zu Tage andere Mittel dazu, um es für diesen Zweck zu gewinnen. Aber gewinnen läßt es sich und ein Mitglied dieses Hauses, das nicht auf seinem Platze sitzt (Dr. Streusberg), liefert den Beweis. (Heiterkeit.) Das Operäufsichtsrecht der Einzelstaaten über die Eisenbahnen muß auf den Bund übergehen. Redner schließt mit dem Wunsch, daß der Bund mit der Besteuerung der Eisenbahnbillets verhindert bleiben möge. — Der Antrag v. Luck wird mit sehr großer Majorität angenommen, der Harkort'sche ist somit abgelehnt.

Petitionsberathung. Der Hamburger „Frischzüg“ welcher seit 1853 in Mecklenburg verboten ist, beschwert sich, daß ihm trotz § 4 des Preßgesetzes der Postdebt in jenem Lande entzogen bleibe. Der Reichstag überweist die Beschwerde dem Bundeskanzler zur Berücksichtigung. — Von Preußen, welche in Sachsen wohnen, wird in einer Petition Beschwerde geführt über die Doppelbesteuerung innerhalb des Bundesgebietes. Durch einen Vertrag der Regierungen von Preußen und Sachsen vom 16. d. M. ist diesem Nebelstande für diese beiden Länder ein Ende gemacht. Die Majorität der Petitions-Commission beantragt daher Übergang zur Lageordnung, da sich auch die übrigen Bundesregierungen diesem Vertrag anschließen würden. Die Minorität glaubte jedoch, daß diese Angelegenheit, wegen ihres Zusammenhangs mit der Freiheitlichkeit, im Wege der Bundesgesetzgebung erledigt werden müsse. Dieser Ansicht schließt sich auch der Reichstag mit entschiedener Majorität an.

Mit sehr großer Majorität wird der Antrag Miquel-Lasker an Stelle der Nr. 13 des Art. 4. der Verfassung trifft die Bestimmung: die gemeinsame Gesetzgebung über das gesamte bürgerliche Recht, das Strafrecht und das gerichtliche Verfahren, einschließlich der Gerichtsorganisation in dritter Lesung ohne Debatte angenommen. —

Erste Berathung des vom Abg. Kratz eingereichten Gesetzentwurfes: „§ 1. Für die Werthverminderung, welche das Grundbesitzthum durch die Festungs-Nation-Bestimmungen erleidet, wird dieselbe Entschädigung gewährt, welche nach der betreffenden Landesgesetzgebung für eine im Interesse des öffentlichen Wohls erfolgenden Eigentumsbeschränkung resp. Entzierung zu leisten ist. § 2. Die Bezahlung dieser Entschädigung erfolgt aus der Bundeskasse.“ Abg. Kratz motiviert seinen Antrag vor einer sehr theilnahmlosen Versammlung in einstündigter Rete. — Bundes-Commissair Oberst v. Meydam: Die Bundes-Militärbehörde ist mit der Redaction eines Slavongesetzes, namentlich mit dem, die Entschädigung b. tr. Theil beschäftigt. Der vorgebrachte Gesetzentwurf ist unannehmbar, weil er die Erwartung auf Entschädigung bereits bestehender Verhältnisse erweckt. — Abg. Dr. Wehrenpfennig empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs und der Petitionen an eine Commission, in der man die Frage gründlicher erörtern und der Regierung einen Stoß geben kann (Oh! oh!) weiter vorzugehen. Abg. v. Steinmeier: Für die Vergangenheit sei eine Entschädigung nicht gerechtfertigt. Ein Rechtszustand, der seit Jahrhunderten geschaffen sei, habe gewissermaßen Servituten geschaffen, die auf den Bewohnern der Festung lasten. Bedenklich sei es, die Spekulation auf diesem Felde wach zu rufen und die Fonds würden nicht ausreichen. — Das Haus beschließt Überweisung an eine Commission. — Nächste Sitzung: Freitag.

S Berlin, 6. Mai. Der halbamtliche, die Gewerbeordnung betreffende Artikel der gestrigen „Provinzial-Corr.“ erkennt zwar an, daß bei den Berathungen und Beschlüssen des Reichstages „ein grundsätzliche Uebereinstimmung über die wesentlichen Ziele und Grundlagen des umfassenden Gesetzes bereits erreicht ist“. Gleichwohl hebt er mit besonderer Schärfe hervor, daß unter den die Regierungsvorlage abändernden Beschlüssen auch solche sich befinden, welche „gegen die bestimmten Erklärungen der Vertreter des Bundesraths gefaßt sind“. Vamentlich seien das solche, „durch welche die Aufsicht des Staates über den gewerblichen Verkehr in die engsten Grenzen gewiesen und grosstheils völlig aufgehoben werden soll“. Nicht alle, so heißt es dann weiter, wohl aber einzelne Abänderungen dieser Art, seien für die Regierung so „unannehmbar“, daß der Reichstag durch ein „unbedingtes Festhalten“ an denselben auch in der dritten Berathung „den Erfolg der erreichten Verständigung noch in letzter Stunde auf's Spiel setzen“ würde. Ich muß sagen, daß diese Erklärung, zumal ihr Ursprung doch nur in dem Bundesanglerante selbst zu suchen ist, einen gänzlich übeln Eindruck auf die grundsätzlichen Vertreter der Gewerbefreiheit im Reichstage gemacht hat. Denn sollte sie auf solche Beschlüsse sich beziehen, die etwa in der ersten Hälfte der Berathungen gefaßt sind, so würde sie in einem starken Widerspruche zu den, allerdings nur privaten, Neuerungen stehen, von denen ich schon vor einiger Zeit Ihnen geschrieben habe. Aber auch unter den späteren Beschlüssen ist mir keiner erinnerlich, gegen welchen die Vertreter des Bundesraths einen so entschiedenen, ich will nicht einmal sagen, drohenden, Widerspruch erhoben haben, wie es jetzt die „Prov.-Corr.“ thut. Allerdings muß man abwarten, welche Beschlüsse es dann sind, deren Abänderung in dritter Lesung als Bedingung für die Zustimmung des Bundesraths zu dem ganzen Gesetze von der Regierung werden bezeichnet werden. Aber, wie dem auch sei, es bleibt bei dem, was ich schon früher Ihnen melden konnte: die liberalen Parteien im Reichstage werden keinen Beschluß zurücknehmen, durch dessen Zurücknahme die jetzt berathene Gewerbeordnung aufhören würde, eine wesentliche und durchgreifende Verbesserung dessenigen Zustandes zu sein, der durch das sogenannte „Nothgewerbegebet“ geschaffen worden ist. Es würde nicht erlaubt sein, um kleinen Verbesserungen willen, wäre ihre Zahl auch noch so groß, an fast alle Klassen der Gewerbetreibenden die, noch dazu zwingende Forderung zu stellen, daß sie in ganz neue doch nicht wesentlich bessere Verhältnisse sich hineinfinden und hineinleben sollen. Schließlich will ich noch bemerken, daß die einzige angemessene Stelle, von welcher aus eine Regierung zu den Vertretern des Volkes zu sprechen hat, der Regierungssitz in dem Hause der Volksvertretung selbst ist. Halboffizielle Communiqués, in welcher Art von Blättern sie auch erscheinen mögen, sind niemals eine besondere höfliche Form der Mittheilung, am wenigsten aber zu einer Zeit, da die Volksvertretung am Sitz der Regierung versammelt ist.

LC Berlin, 6. Mai. Nachdem der Entwurf des Wechselstempelsteuergesetzes bekannt geworden ist, stellt sich doch heraus, daß dasselbe in Bezug auf die Steuerverhältnisse selbst nicht so harmlos ist, wie die Ankündigungen der Regierung es hatten vermuten lassen. Nach den Darstellungen der offiziösen Blätter handelt es sich bei der Wechselstempelsteuer nur darum, den Verkehr zu erleichtern, indem diese Steuer auf ein wichtiges wirthschaftliches Verkehrsmittel, die in den verschiedenen Bundesstaaten verschieden angelegt ist, zu einer gleichmäßigen gemacht wird, die den an irgend einem Punkte des Bundes davon betroffenen Wechsel für den ganzen übrigen Bund steuerfrei macht. Diese Darstellung läßt die Gunst erklären, mit welcher die öffentliche Meinung gerade dieses Steueryproject aufgenommen hat. Aus der Vorlage selbst ergiebt sich aber, daß dieselbe doch einen viel stärkeren fiskalischen Charakter hat, als man nach den früheren Andeutungen der Regierung vermuten durfte. Sie betrifft einmal auch die Wechsel unter 50 R. und zweitens, was noch wichtiger ist, sie erhöht für den größten Theil des Bundes auch den Betrag der Steuer von $\frac{1}{2}$ per Mille auf $\frac{1}{2}$ per Mille. Dadurch wird doch eine Mehrbelastung des Verkehrs bewirkt, die selbst vom wirthschaftlichen Standpunkte zu Bedenken Veranlassung gibt. Wenn auch die Heranziehung der kleinen Wechsel zu dieser Steuer an und für sich nicht unbillig genannt werden kann, so hat doch die Sache noch eine andre Seite. Wir bilben eben mit so vieler Mühe und Sorgfalt das Genossenschaftswesen aus und sollen nun durch eine fiscalische Maßregel gerade den Theil des Wechselverkehrs belasten, der aus den Genossenschafts-Banken vorzugsweise hervorgeht. Zu diesem Bedenken kommen noch die politischen Gründe, daß man ohne verantwortliches Ministerium, besonders ohne verantwortliche Finanzverwaltung, unmöglich daran denken kann, dem Bunde durch eine bis zum Widerrufe geltende Steuer neue Einnahmen zu verschaffen. Man kann das um so weniger, als wir uns noch im Militärprovisorium resp. in der Dictatur befinden, welche die Nördl. Bundesverfassung bis zum Jahre 1872 dem Bundesföderern in Militärsachen übertragen hat. Wenn also durch Amendments auch der fiskalische Charakter des Gesetzes so weit gemildert werden sollte, daß eine Mehrbelastung des Volkes durch dasselbe nicht eintreten würde, so könnte dasselbe doch nur bis zum Jahre 1871 bewilligt werden, wenn der gegenwärtige Reichstag nicht seinem Nachfolger, der die Militärangelegenheiten mit dem Bundesratte und dem Bundespräsidenten zu ordnen haben wird, die Mittel beschränkt will, mit welchen er seinen Einfluß auf die entscheidenden Verhandlungen des Jahres 1871 geltend machen kann.

[Parlamentarische Nachrichten.] Die Commission zur Vorberathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Rechtsverhältnisse der Bundesbeamten, hat gestern Abend ihre Arbeiten begonnen und die Generaldiscussion beendet. Im Allgemeinen sprach man sich für das Prinzip dieser Codification aus und war der Ansicht, daß die darin niedergelegte Grundlage wohl geeignet sei, der gesetzlichen Regelung der Materie als Ausgangspunkt zu dienen. Einzelne Bestimmungen wurden gleichwohl bewundert. Man fand, daß die Bestimmungen über die Pensionen (§§ 35—64) montherlei Ergänzungen bedürfen, zumal in Betreff der Wittwenpensionen, daß die Pensionsfälle zu niedrig gegriffen seien. Von einer Seite wurde die Bestimmung bezüglich der Burdispositionsfeststellung der Beamten lebhaft angegriffen und gewünscht, daß diese einstweilige Versetzung in den Ruhestand nicht aufgenommen werde. Dieser Wunsch fand jedoch keinen Anklang. — Die Commission zur Vorberathung des Antrags Hager wegen Heranziehung der Militärpersonen zu den Kommunallasten trat gestern zu einer Sitzung zusammen, um den Bericht festzustellen. Der Antrag der Commission geht bekanntlich dahin, daß, unter Aufhebung der Verordnung vom

22. December 1868, bis zur anderweitigen gesetzlichen Regelung, es bei dem bisherigen Verfahren bleiben soll. Es ward hierbei die Frage aufgeworfen, ob unter den bisherigen Bestimmungen die Bundes- oder die Landesgesetzgebung gemeint sei. Die Ansichten hierüber gingen auseinander und man einigte sich zuletzt dahin, die Interpretation dem Reichstage zu überlassen.

[Freisprechung.] Die No. 51 des „Kladderadatsch“ vom vor. Jahre, welche wegen des Bildes, das den Hrn. v. d. Heydt um die Ausfüllung des Deficits bittend darstellt, angeklagt war, ist nun auch vom Kammergericht, wie vorher in erster Instanz, freigesprochen worden.

Der Geh. Ober-Finanzrath Ambrogn, bekanntlich Commissarius der rumänischen Eisenbahn, verläßt zum 1. Juli d. J. den preußischen Staatsdienst.

[Marine.] Der Dampf-Aviso „Br. Adler“ ist am 4. d. von England in Kiel, die Fregatte „Niobe“ am 3. und die Brigg „Rover“ am 4. d. M. in Plymouth angelkommen.

[Die hiesigen Materialwarenhändler] werden vom 1. Juni ab in den Räumen der Villa Colonna eine tägliche Detailbörse abhalten, um sich von dem allzu starken Aufprache der Handlungstreitenden und Agenten zu emanzipieren.

[Der Geh. Commerzienrath Frhr. v. Diergardt] in Biesen, einer der größten Industriellen der preußischen Rheinlande, auch Mitglied des Herrenhauses, ist am 3. Mai auf seinem Gute Morsbroich, 75 Jahre alt, gestorben.

Posen, 4. Mai. [Verhaftung wegen eines falschen Zehnthalerschein.] Vergangenen Freitag Abend wurde auf dem hiesigen Bahnhof der Violin-Virtuose Herr Gorski, der auch in unserer Stadt concertirt, arreliert, weil der Billetverkäufer einen ihm zur Bezahlung eines Fahrbillets dargereichten Zehnthalerschein als falsch bezeichnete. Zu seiner Legitimation sah sich Hr. G. genötigt, die Nacht im Polizei-locale, wo seine sämtlichen Papiere einer Revision unterworfen wurden, zuzubringen. Erst Sonnabend früh wurde Hr. G. seiner Haft entlassen, nachdem man sich überzeugt, daß er jenen Zehnthalerschein beim Wechsel eines Kassenscheines auf 25 R. von dem hiesigen Conditor S. erhalten, der jedoch den eigentlichen Besitzer des falschen Billets nicht mehr nennen konnte. (Pos. 3.)

Gladbach, 2. Mai. [Die Arrestationen in Folge der Arbeiter-Unruhen] vom verlorenen Sonnabend haben noch immer nicht ihr Ende erreicht. Gestern wurden wieder zwei Individuen nach Düsseldorf abgeführt, so daß die Zahl der dort wegen derselben Ursache in Haft Sitzenden bereits auf 25 gestiegen ist. (Cref. 3.)

Karlsruhe, 5. Mai. [Die Königin Augusta von Preußen] ist auf der Reise von Coblenz nach Baden-Baden heute hier eingetroffen. Um 7 Uhr verließ Ihre Majestät die Residenz, um die Reise nach Baden-Baden fortzusetzen. (W. T.)

Oesterreich, Wien, 5. Mai. [Die Nikolsburger Depesche.] Die officiöse „Wiener Abendpost“ kommt heute auf die Veröffentlichung der bekannten Nikolsburger Depesche in dem Berichte des österreichischen Generalstabes zu sprechen und behauptet, die österreichische Regierung komme gar nicht in der Lage sein, einen Vertrauensmangel zu begehen, weil sie mit der Expedition der fraglichen Depesche nicht betraut war. Die „Abendpost“ versichert, daß alle Aardentungen über Entwendung des Chiffrelexicons, über Bestechung oder Verleitung zu einer konstigen Pflichtverleugnung unrichtig seien. In Bezug auf die Aufnahme der Depesche in den Generalstabsericht sagt das Blatt, die Depesche habe sich im Archiv befunden, der betreffende Schriftsteller konnte dieselbe benutzen oder nicht benutzen, nach seinem Belieben. Wie die Depesche in das Archiv gelommen, danach zu fragen sei Niemand berechtigt.“ Zu erinnern sei nur daran, daß der Besitz der Depesche aus einer Zeit herstamme, in welcher voller Kriegszustand zwischen Preußen und Oesterreich herrschte. In der Benutzung dieses Materials Absichtlichkeit oder die Tentenz einer Kränkung Preußens zu erblicken, sei nicht erfählbar. Nicht die Veröffentlichung, sondern die Art, in welcher die Blätter in einer für die kaiserliche Regierung sehr unerwünschten und unwillkommenen Weise die Depesche kommentirt hätten, habe die Erregung der öffentlichen Meinung verschuldet. Das Blatt erklärt, hiermit das erste und lezte Wort in dieser Angelegenheit gesprochen zu haben. — Die „A. fr. Br.“ veröffentlicht eine ihr von der Redaktion der „Militärzeitung“ überlieferte Zuschrift als Vorläufer einer authentischen Darstellung in Bezug der Depesche vom 20. Juli 1866. Danach ist dieselbe im Kriege aufgefangen und vom Militär-Obermando, nicht aber vom Reichskanzler veröffentlicht worden.

[Prinz Napoleon] wird auf seiner Rückreise über Agram in den nächsten Tagen hier erwartet. (Schl. Btg.)

Kralau, 3. Mai. „Ezus“ erfährt, daß die päpstliche Regierung die Veröffentlichung ihres Notenwechsels mit der Wiener Regierung vorbereitet. (Pr.)

England, London, 4. Mai. [Der Mayor von Cork.] Die Rebe des Mayors O'Sullivan, in der er das feniſche Attentat auf den Prinzen Alfred als patriotische That pries, sängt bereits an ihre bösen Folgen zu zeigen. Bei der letzten Sitzung des Corler Polizeigerichts weigerten sich die Mitglieder, den Bürgermeister als den Vorwitzigen anzuerkennen. O'Sullivan verlangte die Aufflagerolle, ein conservativer Friedensrichter wollte sie ihm nicht übergeben, und es entspann sich ein Streit, bei dem die Rolle zerissen wurde. 21 Rathssherren haben in einer unter Lord Fermoy's Vorſitz abgehaltenen Versammlung die berüchtigte Rebe des Bürgermeisters auf's stärkste getadelt und den Beschluß gefaßt, die Regierung um kräftiges Handeln in der Sache zu ersuchen. In der Bevölkerung der Stadt dagegen giebt es einen sehr beträchtlichen Bestandtheil, bei dem O'Sullivan wegen seines frevelhaften Spieles mit den gefährlichsten Waffen, der schlecht verhüllten Anpreisung des Meuchelmordes, nur um so höher in der Gunst gestiegen ist. Eine Volksversammlung, die auf 3—4000 Köpfe geschätzt wird, fand unter freiem Himmel statt; es wurde dem Bürgermeister das Vertrauen der Stadt ausgesprochen, seine windige Erklärung, welche den verbrecherischen Sinn aus seinen Worten wegzudenken sucht, als durchaus zureichend befunden und großer Unwill gegen seine „Verfolger“ an den Tag gelegt. Gestern Abend redete O'Sullivan eine andere große Versammlung an, um sich von dem Vorwurfe der Billigung des Meuchelmordes zu reinigen und sein Vertrauen auf Gladstone und Bright auszusprechen. Die beiden Staatsmänner werden dem neugewonnenen Freunde dafür nicht sehr dankbar sein.

London, 4. Mai. [Unterhaus.] Auf eine Interpellation Hay's erwiderte der Unterstaats-Secretär im auswärtigen Amts, Otway, daß die spanische Regierung die Thatsache der Begnadigung eines amerikanischen Schiffes in britischen Gewässern in Abrede stelle. Weiteres mitzuheilen sei vorerst unstatthaft. Der Unterstaats-Secretär für Irland, Fortescue, teilte mit, die Regierung werde die Abjektion des Mayors von Cork, O'Sullivan, verlangen; Londonderry sei in Ausnahmestand erklärt. Der Schahlanzer Lowe gab auf eine Anfrage die gesamten Kriegskosten des abessinischen Feldzuges auf 8,775,000 Pf. Stein. an. Das Haus setzt die Debatte über die irische Kirchenbill fort. (W. T.)

— 5. Mai. [Im Unterhause] passierte die Bill wegen Abjektion des Mayor von Cork, O'Sullivan, die erste Lesung. — Nach Berichten aus Cork ist daselbst ein übermaliger Waffenraub verübt worden. (W. T.)

— [Die letzten Nachrichten aus Preston] lauten günstiger. Nur noch 4 Firmen bestehen auf einer Lohnförderung von 4% für die Spinner, sonst kann der ganze Streit — was die Spinner angeht, derea noch 400 beschäftigungslos sind — als beigelegt betrachtet werden.

Frankreich, Paris, 4. Mai. [Für die Wahlen.] „Journal officiel“ veröffentlicht einen Bericht des Unterrichtsministers Duval an den Kaiser, worin constatirt wird, daß ein Credit von 300,000 Frs. notwendig sei zur Unterstützung derjenigen ehemaligen Lehrer und Lehrerinnen, deren Pensionen unzureichend sind. Der Minister hofft diese Summe durch Erspartnisse bei den für den Volksschulunterricht bewilligten Mitteln erzielen zu können.

[Die steigende Flut.] Daß die Finanzwirtschaft die schwache Seite des Kaiserthums sei, ist bekannt. Vor einiger Zeit hat ein Herr Mercier unter dem Titel „Die steigende Flut“ eine Reihe von Taschen herausgegeben, auf denen durch eine geschickte Benutzung von Linien das unter dem Kaiserthume von Jahr zu Jahr gestiegene Niveau des Budgets und der Staatschuld veranschaulicht wird. Mercier hat nun Angesichts der Wahlen seine „Flut“ in Form eines Maueranschlages zurechtgestellt, damit die Oppositionskandidaten sich derselben bedienen können. Glaiz-Bizoin hat nun gestern bereits den Pegel der steigenden Budgetflut in allen Städten und Dörfern des Wahlkreises Saint-Brieuc anschlagen und verbreiten lassen, und die Sache schlägt so ein, daß mehrere Candidaten bereits Anordnungen getroffen haben, sich derselben Mittels bei ihren Wählern zu bedienen. Es ist dies allerdings die beste Antwort auf die aus der kaiserlichen Druckerei hervorgegangenen und in Massen verbreiteten Ballengruppirungen über den „Fortschritt Frankreichs unter dem zweiten Kaiserthume.“

[Eine neue republikanische Zeitung.] Am Montage ist die erste Nummer des „Rappell“ erschienen. Dieses Journal, welches bekanntlich die Fortsetzung des im Jahre 1851 staatsfeindlich unterdrückten „Evenements“ ist, hat die nämliche Redaction, welche dieses Blatt besaß, nämlich die beiden Söhne Victor Hugo's, Paul Meurice und Vacquer. Densteller hat sich noch Rochefort angegeschlossen. Diese Namen bedeuten zur Genüge, welche Tendenz das Blatt verfolgen wird. Bei den Lesern wird dasselbe von Victor Hugo eingeführt, und zwar in einem Schreiben, das an die fünf Redactoren gerichtet ist und an der Spalte des Blattes veröffentlicht wird. Der Strafverlauf ist dem neuen Blatte untersagt. Der „Rappell“ spricht sich auch dafür aus, daß bei der ersten Wahl jeder für seine Kandidatur stimmt, daß bei der Nachwahl jedoch alle verschiedenen Oppositionen für den Oppositionskandidaten stimmen, welcher die meisten Stimmen erhält.

Ausland und Polen. Der „Golos“ ergeht sich in spöttelnden Bemerkungen über das polnische Project der 300jährigen Jubelfeier der Lubliner Union, in der er eine leere und durchaus zwecklose Demonstration erblickt. Er räth der russischen Regierung, am Tage der Jubelfeier eine Gegendemonstration zu veranstalten, bestehend in dem Erlass eines kaiserlichen Utaas, durch welchen das Königreich Polen definitiv in Russland einverlebt und der bisherige Titel desselben aufgehoben wird. (Ostf.-S.)

Italien. Florenz, 5. Mai. [Deputirtenkammer.] In Beantwortung einer Interpellation Rossi's erklärte der Finanzminister, die Regierung werde dokumentarisch nachweisen, daß sie nicht daran denke, eine Reduction der Renten vorzunehmen. — Wie in parlamentarischen Kreisen versichert wird, so hofft man am Freitag die Berathung des Einnahmebudgets zu beendigen, und dürfen ab dann die Sitzungen so lange suspendiert werden, bis die bereits angekündigte Neubildung des Cabinets erfolgt ist. (W. T.)

Spanien, Madrid, 5. Mai. [Cortessißing.] Ein Antrag, nach welchem die gegen den Katholizismus gerichtete Rede Capdevilla's für verwerthlich erklärt werden sollte, wurde mit 118 gegen 20 St. abgelehnt. Art. 20 des Verfassungsentwurfes wurde mit 178 gegen 75, Art. 21 mit 164 gegen 40 St. angenommen. Diese Artikel bestimmen die Erhaltung des katholischen Cultus und Clerus aus Staatsmitteln und f. e. Ausübung anderer Culie. (W. T.)

Barcelona, 5. Mai. Eine carlistische Verschwörung ist hier entdeckt worden; 36 Personen sind verhaftet, darunter mehrere Ober- und Subaltern-Offiziere, die theils im aktiven Dienste standen, theils zur Disposition gestellt waren. Die Papiere der Verschwörer sind mit Beschlag belegt. (N. T.)

Danzig, den 7. Mai.

* [In der Realschule zu St. Johann] ist nunmehr die Zahl der Oberlehrer und der ordentlichen Lehrer mit der an den beiden übrigen höheren Schulanstalten gleichgestellt worden. Oberlehrer sind die Herren: Küster, Professor Gronau, Stobbe, Dr. Bail, ordentliche Lehrer die Herren Dr. Brandt, Dr. Koch, Schmidt, Lohmeyer, (die 5. Stelle wird nächstens belegt), Schulte.

* [Gewerksvereine.] Gestern vereinigten sich die Mitglieder der Ausschüsse sämtlicher hiesigen Ortsvereine, um einen Central-Vorstand für dieselben zu wählen. Gewählt wurden die Herren: Maschinenvorarbeiter Treichel, Maurer Venkmann, Schuhmacher Boksch, Drechsler Wannack. Außerdem wurden noch 8 Herren und zwar je einer aus jedem Ortsverein, der durch die Wahl des Vorstandes noch keine Vertretung gefunden hatte, zur Ergänzung des Vorstandes gewählt. Sämtliche hiesige Ortsvereine umfassen bereits an 600 Mitglieder. Für die 1000 starken Zimmereien Berlins haben die Maurer in ihrer letzten Versammlung 25 R. zusammengelagert; die andern Ortsvereine seien ihre Sammlungen noch fort und wollen die Beträge künftigen Sonntags abschicken. Am Freitag vor Wintfest soll hier eine allgemeine Arbeiterversammlung veranstaltet werden auch für diejenigen, welche bisher sich noch nicht einem Ortsverein angeschlossen haben.

* Elbing, 6. Mai. [Deputation nach Berlin.] Eine Deputation, geführt von Herrn Bürgermeister Seile, hat sich so eben nach Berlin begeben, um im Interesse unserer Eisenbahn anlegenheit zu wirken. Die Thatsache, daß mit Vollendung der Thorn-Insterburger Bahn Elbing von seinem bisherigen Hinterlande vollständig abgeschnitten, der jetzt lebhafte Verkehr mit demselben dann in andere Canäle geleitet wird, also der reine und berechtigte Selbstbehaltungstrieb einer industriellen Stadt von ca. 30,000 Einwohnern, welche sich bisher allein durch eigene Mittel herauszuarbeitn verstand, erfordert fortwährende und energische Anstrengungen unsererseits. Es ist weder Concurrenz noch Neid gegen Danzig, sondern einzig und allein die Sorge für das Bestehen eines Gemeinwesens, dessen Intelligenz und Tüchtigkeit nicht nur der Provinz, sondern, selbst nach dem Urtheil der Gegner, dem ganzen Lande zum Preis gegeben wird, wenn man ihn seine natürlichen Lebensbedürfnisse aufzeigt werden. Elbing nur diese Verbindung, so wird es ohne Mißgunst sich freuen, wenn Danzig die seinge bis in das Herz von Polen hinein sucht und findet. — Die Kälte dauert noch immer fort und beginnt bereits nachtheilig auf den Stand der Saaten zu wirken. Gestern waren selbst noch während der späten Morgenstunden alle umliegenden Höhen in eine tiefe Schneedecke

gehüllt und selbst auf den Dächern lag der Mai-Schnee stundenlang im hellen Sonnenchein.

○ Marienwerder, 5. Mai. [Steuerpflichtiger homöopathischer Kaffee. Sommertheater.] Verschiedene hiesigen Kaufleute sind im vergangenen Monate nicht unbedeutende Quantitäten homöopathischen Kaffee's durch die Steuerbeamten konfisziert worden. Auf eine Beschwerde an den Provinzialsteuer-Director ist ihnen erwidert worden, daß eine chemische und mikroskopische Untersuchung des Kaffee's ergeben habe, daß er aus gerösteten und zerkleinerten Getreidekörnern bestände. Derfelbe ist daher nach einem Ministerial-Rescript vom 31. October 1859 dem Steuerauftrag für Roggenstroh unterworfen und nunmehr das processualische Verfahren wegen Mahlsteuerdefraudation gegen die Kaufleute eingeleitet. — Theater-Director Woelfer beobachtigt in diesem Jahre hier ein Sommertheater einzurichten. Er ist mit der Schützengilde in Unterhandlung getreten, da er deren Localien zu diesem Zwecke zu benutzen wünscht.

○ Mewe, 5. Mai. [Waldangelegenheit. Communales. Telegraphie.] Die Abholzung des Wäldchens am Schützenplatz macht sich auf letzterem während der vorherrschenden Stürme nicht allein dadurch so leidig bemerkbar, daß das Publikum keinen geschützten Platz findet, sondern besonders dadurch, daß ein Theil der Sandberge sich schon auf letztere verpflanzt hat; es ist fast unausbleiblich, daß 20jähriges Mühen der Gilde zur Cultivierung des Platzes, nunmehr in den nächsten Jahren durch Flugsand zu Grunde gerichtet werden wird. — Die beiden letzten Sizungen der Stadtverordneten-Versammlung sind etwas stürmische gewesen. Es handelt sich um Anstellung eines Feldwächters auf Communalosten, worauf die Ackerbesitzer einen Anspruch zu haben glauben, theils weil ihnen das ihnen nach ihrer Ansicht zugehörige Grundsteuer-Entschädigungs-Capital zur Vertheilung entgangen, und sodann, weil die Jagdpacht seit einer Reihe von Jahren zur Communalcasse vereinnahmt ist, welche ihnen gehört. Daß den Ackerbesitzern diese Einnahme mit zu Gute gekommen ist, scheinen sie nicht einsehen zu wollen. Die Stadtverordneten haben mit überwiegender Mehrheit die Anstellung des Feldwächters auf Communalosten wiederholt abgelehnt, welcher Beschluss nur beißig aufgenommen werden kann, wollen aber den Ackerbesitzern wegen der Jagdpacht gerecht werden. — Für Herstellung einer Telegraphenstation sollen in Mewe die noch fehlenden 664 Thlr. aufgebracht werden, wovon die Hälfte in 5 Jahren erstattet wird, die andere Hälfte aber gänzlich geopfert werden muss. Gestern hat sich ein Comité gebildet, welches diese Summe aufzubringen suchen will, was selbstredend nur gelingen wird, wenn sich auch die umliegenden Herren Besitzer bei der Bezeichnung beteiligen werden. Die Commune als solche lehnt jeden Beitrag ab, da sie kein vorwiegendes Interesse für den Telegraphen hat, auch die städtischen schwachen Mittel einen Beitrag nicht erlauben.

Thorn, 5. Mai. [Zu Provincial-Landtagss-Deputirten] wurden heute gewählt die Herren Buch. E. Lambeck, Kfm. Adolph und Eisenh. H. Schwarz. (Th. B.) Königsw. erg. 6. Mai. [Schiffsnachrichten.] Der englische Dampfer "Lady Flora", Capitain Graham, ist auf der Reise von London nach Hull unweit Yarmouth gestrandet und ist es zweifelhaft, ob das Schiff mit der Springflut wieder abkommen wird. — Laut Depêche aus Copenhagen ist der von hier nach Hull gegangene Dampfer "Prince Alexandra", Capitain Sadler, bei Helsingör mit einem preußischen Schooner in Collision gewesen; letzterer ist sogleich gesunken und der Dampfer nach Copenhagen returnirt, von wo er nach geschehener Reparatur in einigen Tagen wieder auslaufen dürfte. — Aus Cronstadt wird telegraphisch gemeldet: Sechs Dampfschiffe, jedoch keine Segelschiffe, sind bis jetzt (den 3. d.) angelommen. Kälte. viel Treibeis. Wind westlich. — Von Archangel ist telegraphische Nachricht, daß die Dwina binnen einer Woche offen sein dürfe. (K. H. S.)

* [Adelstitel-Verleihung.] Dem Premier-Vieutenant von der Cavallerie des 2. Bataillons (Rastenburg), 5. oster-Landwehr-Regiments No. 41, Rittergutsbesitzer Jü. Ad. Aug. Schleußer auf Leistimmen (Kreis Rössel) ist der Adelstitel verliehen worden.

Landsberg. [Bürgermeister-Wahl.] Am 28. v. M. wählten die hiesigen Stadtverordneten den hier schon seit langerer Zeit stationirten Gendarmen Paape zum Bürgermeister. Die Bestätigung der Wahl dürfte vom Ausfall eines Examens abhängig sein.

Pillau. Auf dem Hamburger Bahnhof in Berlin wurde am Montag Vormittags ein reiselustiger junger Mann verhaftet, der seinem Prinzipal in Pillau mit einer diesem unterschlagenen Summe von ca. 3000 R. durchgegangen war.

Bermischtes.

Berlin. [Dem Kunsthistoriker Lübbel ist in eindrücklicher Weise ein schwerer Unfall begegnet. Während eines Besuchs in Mecklenburg befand er sich bei einem Spaziergang in lebhaftem Gespräch mit einem ihm befreundeten und in politischen Kreisen sehr bekannten Manne. Letzterer schwante im Laufe der Unterhaltung seinen Spazierstock in der Luft hin und her und traf seinen Begleiter dabei unterhalb des Auges. Das Auge entzündete sich, Herr Lübbel beachtete dies aber nicht weiter, bis er nach Berlin zurückkehrte. Auf Burenden seiner Freunde wandte er sich endlich an Gräfe und dieser erklärte ihm zu seinem Schaden, daß er das Auge für verloren halte; ob das andere Auge noch zu retten sei, vermöge er noch nicht zu beurtheilen. (Volksstg.)

— [Die parlamentarische Soirée] des Grafen Bismarck zeichnete sich, wie schon berichtet ist, unter Anderem durch treffliches Wiener Bier aus. Es wird uns in Bezug darauf ein Scherzwort des berühmten Gastgebers mitgetheilt. „In einem Abgeordneten, der sich das Getränk sichtlich munden ließ, sagte Graf Bismarck: „Es freut mich, daß Ihnen das besteuerte Bier schmeckt; ich darf hoffen, daß Ihre Abneigung gegen die Biersteuer uns keine Schwierigkeiten machen wird.“ Der Abgeordnete erwiderte: „Wenn Exzellenz uns solches Bier garantiren, dann ließe sich allenfalls von Steuern reden.“ Der Graf ging lachend weiter; diese Garantie möchte ihm wohl für die norddeutschen Biere schwieriger erscheinen als die Durchsetzung der Biersteuer. (Trib.)

— [Riggibahn.] Die Ingenieure Naf in St. Gallen, C. Scholke in Aarau und Director Riggibach in Olten haben bei der Regierung von Luzern ein Concessionsgesuch für Herstellung einer Riggibahn gestellt. Der „Bund“ vernimmt über das Unternehmen folgendes: „Das System, nach welchem gebaut werden soll, ist das Fahrtangens- oder Fahrrad-System, welches in Amerika zuerst zu praktischer Anwendung gelangt ist. Das System ist u. A. ausgeführt in der Bahn am Mount-Washington im Staate New-Hampshire. Die Steigung geht hier bis auf 33 Prozent und die Wegstunde (16,000 Fuß) wird in einer Zeitstunde zurückgelegt, jeder Zug befördert 75 Passagiere. Das Gefahren der Bahn ist vollständig (?) sicher, indem so wirkliche Bremsvorrichtungen angebracht sind, daß man den Zug auf- und abwärts augenblicklich feststellen kann. — Am Rigi beabsichtigen die Unternehmern von Bristau auszugehen, von dort kann nach dem Kaltbad ungefähr auf die Höhe des Staffel in einem Zuge fortlaufend ohne Kehren gefahren werden mit einer ziemlich gleichmäßigen Steigung von 25 Prozent. Die projectierte Strecke ist beiläufig eine Wegstunde (16,000 Fuß) lang und kann in einer Zeitstunde zurückgelegt werden, während der Weg von Wäggis bis Kaltbad zu Fuß zwei Stunden in Anspruch nimmt. Ohne Überquerung der Steigung von 25 Prozent kann die Bahn bis auf den Kulm verlängert und bis vor das oberste Hotel geführt werden.

— [Einer der zu altern beginnt.] Die „Französische Correspondenz“ schreibt: „In dem so eben eröffneten Pariser „Salon“ bemerkte man ein großes Bild, welches einen Kampf

mexicanischer Gladiatoren darstellt. Das Gemälde, schreibt Oscar Comettant im „Siecle“, ist nicht ohne Verdienst, aber der es gemacht hat, ist der außerordentliche Mensch, den ich je gekannt habe. Er nennt sich Graf Waldeck; er hat unsere große französische Revolution bei ihrer Geburt gehabt; er ist der Freund Dantons gefeiert, welcher ihm sein Porträt schenkte; er hat alle großen Ereignisse dieser wilden Zeit miterlebt und spricht von ihr mit einer wahrhaft staunenswerten Frische des Gedächtnisses. Nach dem 9. Thermidor verhaftete er seinem Freunde Lavaillant die Freiheit, dem berühmten Reisenden, dessen Bekanntschaft er in der englischen Cap-Colonie gemacht hatte. Dann diente er in der „Armee von Italien“ und kam mit derselben nach Ägypten. Nachdem er Kubien, Abyssinien, Mozambique bereist, den Nil, den Ganges, den Gelben Fluss besucht, diente er als Lieutenant unter Surcouf, dem schrecklichen Corsaren von St. Malo. Er wird von den Engländern gefangen genommen und schifft sich mit Lord Cochrane nach Chili ein, um auf der anderen Hemisphäre sein herumstreifendes Leben fortzusetzen. Drei Jahre verbringt er in der geheimnisvollen Einsamkeit von Valenze, baut sich dort eine Hütte und zeichnet die seltsamen Errümer einer vergangenen Civilisation ab. In Folge seiner analogen Studien in Yucatan, in Mexico, bei den Azteken, wird er zum Mitgliede der Archäologischen Gesellschaft in Amerika ernannt. Gegenwärtig scheint er des Wanderns müde. „Ich fange an, alt zu werden“, sagte er neulich zu mir, „ich bin in mein 104. Jahr getreten; in diesem Alter bleibt man gern zu Hause.“ Er hat sich im Alter von 82 Jahren wieder verheirathet und hat aus dieser zweiten Ehe einen 18jährigen Sohn, der sein leibhaftiges Ebenbild ist. Wenn sein ältester Sohn noch lebte, so wäre er jetzt 85 Jahre alt.“

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 7. Mai. Ausgegeben 2 Uhr 15 Min.

Angelommen in Danzig 4 Uhr.

	Letzter Okt.	Festz. Okt.
Weizen, Mai . . .	60 $\frac{1}{2}$	61 $\frac{1}{2}$
Roggen matter		3 $\frac{1}{2}$ % weisspr. do.
Negriturpreis	51 $\frac{1}{2}$	51 $\frac{1}{2}$ 4% do. do.
Juli-Juli	51	51 $\frac{1}{2}$
Juli-August . . .	48 $\frac{1}{2}$	49
Kübel	10 $\frac{1}{2}$	10 $\frac{1}{2}$
Spiritus matt		Dest. Nation. Anl.
Juli-Juli	16 $\frac{1}{2}$	16 $\frac{1}{2}$
Juli-August . . .	17 $\frac{1}{2}$	Amerikaner . . .
5% Br. Anleihe . . .	102 $\frac{1}{2}$	102 $\frac{1}{2}$ Ital. Staate . . .
5% do	93 $\frac{1}{2}$	93 $\frac{1}{2}$ Danz. Priv. B. Act. —
Staatschuldsch.	83	83 Wechselcours Lomb. —
		6.24 $\frac{1}{2}$
		Fondsbörse: matt.

Frankfurt a. M., 6. Mai. Effecten-Societät. Wiener Wechsel 96 $\frac{1}{2}$, 5% österr. Anleihe de 1859 65 $\frac{1}{2}$, Nationalanleihe 55 $\frac{1}{2}$, 5% steuerfreie Anleihe 52 $\frac{1}{2}$, Amerikaner be 1882 86 $\frac{1}{2}$, österr. Bankactien 71 $\frac{1}{2}$, Creditation 291, Darmstädter Bankactien 284 $\frac{1}{2}$, Österr.-franz. Staatsbahn 334, Bayrische Prämienanleihe 106 $\frac{1}{2}$, Badische Prämienanleihe 104 $\frac{1}{2}$, 1860er Loose 84 $\frac{1}{2}$, 1864er Loose 121 $\frac{1}{2}$, Lombarden 229, Fest. Nach Schluss fest. Creditation 291 $\frac{1}{2}$, Staatsbahn 344 $\frac{1}{2}$, 1860er Loose 84 $\frac{1}{2}$, 1864er Loose 122, Kurhess. Loose 57 $\frac{1}{2}$.

Wien, 6. Mai. Privatverkehr. Creditation 285, 70, Staatsbahn 354, 50, 1860er Loose 101, 80, 1864er Loose 127, 10, Anglo-Austrian 336, 50, Franco-Austrian 129, 50, Lombarden 236, 20, Galizier 217, 00, Bankactien 751, 00, Nordbahn 241, 50, Napoleons 9, 83, Lebhaft.

Bremen, 5. Mai. Petroleum, Standard white, fest und höher.

Amsterdam, 5. Mai. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen geschäftlos. Roggen loco nur Detailgeschäft, vor Mai 186, vor October 183. Raps vor October 71. Kübel vor Herbst 37 $\frac{1}{2}$, vor Mai 1870 39.

London, 5. Mai. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Fremde Befüllungen seit gestern Montag: Weizen 5370, Gerste 270, Hafer 7680 Quarters. Sehr schwacher Marktbesuch, sehr geringe Umsätze. Weizen sehr fest. Gerste unverändert. Hafer eher höher. — Sehr schönes Wetter.

London, 6. Mai. Die Bank von England hat den Discount von 4 auf 4 $\frac{1}{2}$ % erhöht.

London, 6. Mai. [Schluß-Course.] Consols 93 $\frac{1}{2}$. 1% Spanier 28 $\frac{1}{2}$. Italienische 5% Rente 56 $\frac{1}{2}$. Lombarden 19 $\frac{1}{2}$. Mexikaner 12 $\frac{1}{2}$, 5% Russen de 1822 85 $\frac{1}{2}$, 5% Russen de 1862 84 $\frac{1}{2}$. Silber 60 $\frac{1}{2}$. Türkische Anleihe de 1865 42 $\frac{1}{2}$, 8% rumänische Anleihe 88, 6% Vereinigte Staaten vor 1882 79 $\frac{1}{2}$.

London, 6. Mai. [Schluß-Course.] Consols 93 $\frac{1}{2}$. 1% Vereinigte Staaten 1882 (ungestempelt) 90 $\frac{1}{2}$. — Consols von Mittags 1 Uhr waren 93 $\frac{1}{2}$ gemeldet.

— Sehr matt und unbelebt.

Paris, 5. Mai. Kübel vor Mai 94, 00, vor September-December 97, 00 Haufe, vor Januar-April 97, 50. Blei vor Mai 53, 50, vor Juli-August 55, 00, vor September-December 56, 00 fest. Spiritus vor Mai 69, 00. — Wetter unbeständig.

Antwerpen, 5. Mai. Getreidemarkt. Weizen und Roggen geschäftlos. Petroleum markt. (Schlußbericht.) Kaufmünzes, Type weiß, loco 52, vor Juli-August 54 $\frac{1}{2}$, vor September 56, October-December 57. Obstkram beliebter.

Newyork, 5. Mai. (Vor atlant. Kabel.) (Schlußcourse.) Gold-Agio 35 $\frac{1}{2}$ (höchster Cours 35 $\frac{1}{2}$, niedrigster 35 $\frac{1}{2}$), Wechselcours a. London t. Kabel 109 $\frac{1}{2}$, 6% Amerikanische Anleihe vor 1882 115, 1865er Bonds 116 $\frac{1}{2}$, 10/4er Bonds 108 $\frac{1}{2}$, Illinois 145 $\frac{1}{2}$, Eriebahn 27 $\frac{1}{2}$, Baumwolle, Middleb. Upland 28 $\frac{1}{2}$, Petroleum raffiniert 33 $\frac{1}{2}$, Mais 0, 93, Mehl (extra state) 5, 95—6, 55.

Philadelphia, 5. Mai. (Vor atlant. Kabel.) Petroleum raffiniert 32 $\frac{1}{2}$.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 7. Mai.

Weizen vor 5100ff unverändert, fein glasig und weiß fl. 500—520 Br. hochbunt 490—495 " bellbunt 480—485 " " 470—475 " " 450—502 $\frac{1}{2}$ bez. bunt 450—460 " " 425—435 " Roggen vor 4910ff weichend, loco 130ff fl. 383—379—375 bezahlt, jedes Pfund Börsegewicht a. fl. 2 vor Last zu regulieren, 123ff auf Lieferung vor Mai/Juni und Juni/Juli fl. 365 Br., do. vor Mai/Juni 125ff fl. 369 Br., fl. 360 Br., do. vor Mai 129/30ff fl. 385 Br. Gerste vor 4320ff fest, loco groÙe 111/12—114ff fl. 330—333 bez., kleine 95/6—111/2ff fl. 321—330 bez. Gerste vor 4320ff fest, loco groÙe 111/12—114ff fl. 330—333 bez., kleine 95/6—111/2ff fl. 321—330 bez.

Erbse vor 5400ff still, loco weiße Koch. fl. 380—385 Br., weiße Futter. fl. 375 bezahlt. Weizen vor 5400ff loco fl. 330—390 Br. Hafer vor 3000ff loco fl. 210—225 Br. Lupinen vor 5400ff loco blaue fl. 300—330 Br., gelbe fl. 450—480 Br. Kleesaat vor 100ff loco weiß 13—16 ff Br., 14 $\frac{1}{2}$ ff bez., roth 11—13 ff Br., 12 $\frac{1}{2}$ ff bez. Thymothee vor 100ff loco 6—7 ff Br. Rüblichen vor 100ff loco inländische 77 $\frac{1}{2}$ ff Br. Die Aeltesten der Kaufmannschaft.

Danzig, den 7. Mai. [Bahnpreise.] Weizen weiß 130/31 132/33ff nach Qualität 81/82—83 $\frac{1}{2}$ /84 ff, hochbunt und feingesägt 130/32—133/34ff von 80/82—83/83 ff, bunt, dunkelgläsig und hellbunt 130/131—132/34ff von 77/79—80/81 ff, Sommer- und roth Winter 130/32—136/37ff von 76/77—78 ff, Aller 128—130—132/34ff bez. 62 $\frac{1}{2}$ 63 $\frac{1}{2}$ —64 $\frac{1}{2}$ ff vor 81ff. Erbsen, von 60—62 $\frac{1}{2}$, gute Kochware bis 64 ff, Gerste, kleine 104/6—110/112ff nach Qualität und Farbe 53/54—55/56 ff vor 72ff. Hafer, Futterware von 35—37 ff vor 50 ff. Spiritus nicht gehandelt.

Gedreide-Börse. Wetter: schön. Wind: S. Am heutigen Weizenmarkt fehlte bei reichlichem Angebot Kauflust, die umgesetzten 150 Lasten konnten zum größeren Theile nur Preise bedingen, welche im Verhältniß zum Mittwochsmarkte zu Gunsten der Käufer sind. Bunt 131ff fl. 460, 475, besserer fl. 485, hellbunt 131/2ff fl. 487 $\frac{1}{2}$, hochbunt gläsig 131ff fl. 490, 495, 50, weiß 127ff fl. 500 vor 5100ff. Roggen flau, 119/20ff fl. 362, 124/5ff fl. 370, 129ff fl. 373, 130/131ff fl. 380 vor 4910ff bezahlt. Umsatz 20 Lasten. Große 114ff Gerste fl. 333, kleine 9

Heute früh 4½ Uhr wurde meine liebe Frau Johanna, geb. Isaac, von einem gesunden Mädchen glücklich entbunden.

Eibing, den 5. Mai 1869.

(1276) Ad. Wiesler.

Heute Morgen wurde meine Frau von einem Mädchen entbunden.

Danzig, den 7. Mai 1869.

(1304) Livonius,
Corvetten-Capitain.

Die heutige Morgen um 8 Uhr erfolgte glückliche Entbindung seiner lieben Frau Marie geb. Martens von einem gesunden Mädchen

meldet Freunden und Bekannten

Dr. Fr. Strelke,

Gymnasial-Director.

Marienburg, den 6. Mai 1869.

Als Verlobte empfehlen sich:

Minna Rohrbeck,

Adolph Lieg.

Dirschau, den 6. Mai 1869.

Gestern 8½ Uhr starb nach dreiwöchentlichem Leiden am rheumatischen Herzschlag meine liebe Frau Johanna Auguste Francke, geb. Eeyer. Dieses zeigen tiefs betrübt an der Gatte, die Mutter, u. Geschwister. Danzig, den 6. Mai 1869.

(1289) A. L. Francke, Schlossermeister.

Holz-Auction am Krrhafen am Ganskrug.

Dienstag, den 18. Mai 1869, Vormittags 10 Uhr, werde ich in der Freymuth'schen Concursbäche auf Verfügung des Herrn Massen-Bewalters die am und auf dem Krrhafen befindlichen

312 Stück sichtene Mauerlatten,

359 Balken,

theils ordinäre, mittel und bestimmt Sorte, gegen gleich baare Zahlung verkaufen.

Das Holz lagert unter Aufsicht des Holz-Capitain Herrn Schillie und dem Aufseher.

Joh. Jac. Wagner,
Auctions-Commissionarius.

Auction am Krrhafen am Ganskrug.

Mittwoch, den 19. Mai 1869, Vormittags 10 Uhr, werde ich in der Freymuth'schen Concursbäche auf Verfügung des Herrn Massen-Bewalters die dort befindlichen Bauleihkeiten, als:

1 neues von 4-jölligen sichtenen Bohlen erbautes Wohnhaus, 29 Fuß lang, 24 Fuß tief, mit 2 Stuben, 1 Kammer, 1 Küche und Bodenraum, 1 Holzstall, 1 Abort, Bretter und Lattenräume, 2 Brabuden, 1 Bootsdach, 1 alte Ramme mit 20jöligem Läufer zum Abbruch und Fortschaffung der Baumaterialien; ferner: 7 Stück eichene Balken, 46 sichtene Sleeper, 22 Stück sichtene und tannene Hölzer, 112 Stück sichtene und tannene Hölzer zum Wasch- und Bratktafeln, 30 Blähle, 110 eiserne Krampen, 50 Enden Ketten, 3 Klappzangen, 5 Kuhfäße, Kantahaken, Sägen, Bohrer, 8 Brettchneidezangen, 1 Boot mit Riemern, 1 Kahn, 1 Pult und 1 Rohrstahl, gegen gleich baare Zahlung verkaufen.

Joh. Jac. Wagner,
Auctions-Commissionarius.

Seebad Westerplatte.

Das Warmbad wird den 15. Mai eröffnet. In demselben werden außer warmen Seebädern und kalten Douchen auch künstliche unter ärztlicher Leitung, wie Solsbäder, Wittekinder, Colberger, Kreuznacher Ritterlaugenbäder u. a. m. verabreicht. Die dazu erforderlichen Ingredienzen werden vorrätig gehalten; außergewöhnliche Verordnungen nach vorheriger Bestellung sofort beschafft. Molkerei zu Trinkzwecken werden auf Verlangen ebenfalls frisch bereitet.

Auswärtige werden sowohl auf die reizende Lage des Bades, welches gegen alle scharfen Winde geschützt ist, als auch auf die unmittelbare Nähe Danzigs, mit halbstündiger Dampfboot- und Eisenbahn-Verbindung, ganz besonders aufmerksam gemacht.

NB. Einige Logierzimmer sind noch zu haben. Auswärtige bel. sich direkt unter Adr.: Seebad Westerplatte bei Danzig oder bei Julius Reklaß, Danzig zu melden.

(1268) Aechte Habanna-Cigarren, ältere Jahrgänge, verkaufe, um damit zu räumen, zum und unter dem Kostenpreise.

J. C. Meyer,

Cigarren- und Tabak-Handlung,
Langenmarkt 20,
neben Hotel du Nord.

(1269) Wollsätze,
9–10 Psd. schwer, a 1 Rz. 10 Sgr.,
Rippspläne,

11 Ellen lang, 4½ Elle breit a 3 Sgr. 20 Sgr.,
Getreidesäcke,

3 Scheffel Inhalt, vom stärksten ostpreuß. Drillisch, a 14 und 15 Sgr. Hansäcke, ganz vorzüglich zu Mehlsäcken geeignet, mit 2 blauen Streifen, a 18 Sgr.

Wollsack- u. Rippsplanleinen, empfehlt

Herrmann Schäfer,
(1290) 19. Holzmarkt 19.

Gelbe Saat-Lupinen sind zu haben Ludwig's-Speicher a. d. grünen Brücke.

(1180) Gelbe und blaue Saatlupinen, Mais (Pferdezahl) offerirt

W. Wirthschaft.

Ein Rest schöner Saat-Wicken ist zu haben Brodbänkengasse No. 5 im Comtoir.

Strohhüte!!

für Herren und Knaben, Mützen, Barets, sind in frischer Ware wieder eingetroffen und empfehle diese zu möglichst billigen Preisen.

Stoffhüte aller Art stets vorrätig.

August Sckade,

vorm.: Theodor Specht,
Breitgasse No. 63.

[1306]

Max Landsberg

empfiehlt

Damenschuhe so wie alle Sorten Gamaschen u. Gummi- zugstiebel.	Kinderschuhe in allen gangbaren Sorten v. 12½ Sgr. bis 2 Thlr. 10 Sgr.	Herrenstiefel Fahleeder, Kalbleeder- u. Lackleder, Kindlack- und lange Reitstiefel.	Hanseschuhe in Blüth, Sammet, Zeug, Stramin und Leder,
Feinste Wiener Stiefelletten, so wie Pariser Modellsachen mit Zug u. z. Schnüren.	Mädchenstiefel in lackiertem Leder, die neuesten Farben.	Knabenstiefel mit Schäften u. Gummizug in dauerhaftester Arbeit.	Gummischuhe nur beste Ware von 15, 17½ und 20 Sgr.

Die Schuh-Waren-Fabrik von Max Landsberg, nur Langgasse 77.

Wein-, Bier- und Frühstücksstube am Holzmarkt. Töpfergasse No. 16 am Holzmarkt.

Mit heutigem Tage eröffne ich in oben genanntem Hause eine Wein-, Bier- und Frühstücksstube, mit der festen Versicherung, die mich beehrenden Gäste durch gute Speisen, Getränke, wie aufmerksame Bedienung zufrieden zu stellen.

Achtungsvoll F. Seeger.

Außerdem empfehle mein Lager fremder Biere auf Flaschen in und außer dem Hause.

[1210]

Hagel- und Viehversicherungsbank für Deutschland in Berlin,

gegründet auf Gegenseitigkeit ihrer Mitglieder im Jahre 1861.

Die Bank versichert in für sich besonders bestehenden und abrechnenden Gesellschaften:

a) Bodenerzeugnisse gegen Hagelschlag.

b) Pferde, Kindeh und Schweine gegen durch Krankheiten oder Seuchen entstehende Verluste.

Die Prämien sind möglich und den einschlägigen Verhältnissen überall Rechnung tragend. Mitglieder, welche auf mehrere Jahre versichern, genießen Vortheile. Von den Überträgern erhalten die Mitglieder statutengemäß 70 % als Dividende zurück, die Nachschafferverbindlichkeit ihrer Mitglieder hat die Bank dagegen noch niemals in Anspruch genommen.

Die Durchschnittsprämie der Bank für Hagel-Versicherung ist im vergangenen Jahre bedeutend billiger gewesen, als die sämmtlicher concurrirenden Actiegesellschaften und der Mehrzahl der Gegenseitigkeits-Anstalten.

Die Bank hält sich dem landwirtschaftlichen Publikum zur Versicherungsnahme angelegenstest empfohlen und sind alle nachbenannten Agenten derselben, sowie die unterzeichnete General-Agentur zu jeder weiteren Auskunft und zur Vermittelung von Versicherungs-Abschlüssen, resp. zum sofortigen Abschluß von Hagel-Versicherungen gern bereit.

Danzig, den 7. Mai 1869.

Die General-Agentur

Otto Fr. Wendt,

Brodbänkengasse 23.

Bezirks-Agenturen:

F. Mengering in Breslow bei Pelpin.

v. Breitenbach in Garthaus.

Ad. Wiesler in Eibing.

H. Vollmeister in Eibing.

C. Kreftschmer in M. Friedland.

H. Horremann in Käsemart.

J. Krause in Sublow.

Kukowski in Erzehu.

F. Nagorski in Mewe.

(1229)

J. Prögel in Neustadt.

F. Siebert in Stuhmsdorf.

B. Segal in Schlechau.

Gust. Feblauer in Thorn.

Louis Brauns in Thorn.

Simons in Marienwerder.

Hugo Frost in Landeck.

Sawatzki in Culmsee.